

## **Politik statt Panik!**

Seit Beginn der Corona-Krise bestimmen Angst, Schuldzuweisungen und Fehlinformationen den öffentlichen Diskurs. Weite Teile von Medien und Politik beschallten im Winter 2020/21 mit ihrem Mantra von „Härte“ und „Noch nicht genug“ die Gesellschaft, die sich zunehmend spaltete und radikalisierte.

Als Hintergrund fungiert die Achterbahnfahrt der als „Inzidenzen“ titulierten Zahlen der Positivtests. Sie steigt und fällt wie bei anderen respiratorischen Erkrankungen saisonal bedingt, aber auch in Abhängigkeit von Impfungen und Virusvariationen.

Seit Sommer 2021 hat sich die Rhetorik verschoben. Es lässt sich eine steigende Bereitschaft in der Bevölkerung beobachten, Sündenböcke zu benennen. Obwohl die Pandemie bezogen auf schwere Krankheitsfälle derzeit in Westeuropa abflaut, bringen Politiker und Meinungsmacher die Ausgrenzung Ungeimpfter ins Spiel. Sie riskieren damit möglicherweise einen Verfassungsbruch und treiben die gesellschaftliche Spaltung voran.

Die Befürchtungen der Impfgegner zu möglichen Impfschäden mögen übertrieben sein. Die Konzentration des öffentlichen Diskurses auf Viruskontakte, Positivtests und die daraus folgenden Deutungen sind es nicht minder. Spekulationen können keine Rechtfertigung sein für Eingriffe in die körperliche Integrität.

Auch ist das Thema „Varianten“ in aller Munde. Sie sollen eine neue äußere Bedrohung darstellen, was wiederum der Rechtfertigung von aktuellen und potenziellen Maßnahmen dient. Jedoch genügt ein Vergleich der Zahlen von positiv Getesteten, schweren Krankheitsverläufen und Verstorbenen in Großbritannien und anderen Ländern mit vergleichbarer Impfquote, um festzustellen, dass diese immer weniger zusammenhängen und somit der Begriff der „Inzidenz“ seine Bedeutung als Indikator für die Gefahrenlage spätestens jetzt verloren hat. So er sie je besaß. Denn er war stets auch mit politischen Erwägungen verbunden. Anstatt den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen sinnvoll zu organisieren, versteifte sich die Exekutive von vornherein auf kollektive und in der Wirkung sozial selektive Maßnahmen. Dazu berief sie sich auf eine fragwürdige Datenlage, die sich breiter medialer Präsenz erfreute. Mit der Definition der Inzidenz als „Anzahl neu auftretender Erkrankungen innerhalb einer Personengruppe von bestimmter Größe“ hat dieses fragwürdige Zahlenkonstrukt gleichwohl wenig zu tun.

Auf solchen Grundlagen vorher kaum vorstellbare Eingriffe in Grundrechte vorzunehmen, stößt auf Kritik - nicht nur bei Verfassungsrechtler\*innen. Ebenso die Tatsache, dass die Corona-Maßnahmen seit Beginn der Krise von Eitelkeiten und partiellen Interessen begleitet wurden, die wenig mit Pandemiebekämpfung zu tun hatten. Zunächst taten sich der Bundesgesundheitsminister und der bayerische Ministerpräsident mit markigen Sprüchen, fragwürdigen Entscheidungen und mehr oder wenig deutlich artikulierten Karriereabsichten hervor. Mittlerweile sind betrügerische Geschäfte mit Masken und Tests ans Tageslicht gekommen, und auch das Jonglieren mit Intensivkapazitäten wirft Fragen auf. Sie verstärken den Eindruck, dass die Panik vor Corona Nutznießer hervorbrachte und immer noch hat. Ganz zu schweigen von den legalen Profiteuren einer Krise, die zur Digitalisierung und damit massiver Rationalisierung wesentlicher Teile der Zirkulation von Waren geführt hat.

Kritik an den Corona-Maßnahmen wurde und wird in der Regel der politisch Rechten überlassen und ihr zugeschlagen. Dabei gab es genug Gründe, darüber nachzudenken, ob in der Abwägung zwischen Krankheitsrisiko und Folgen von Maßnahmen letztere nicht das größere Übel waren und teils immer noch sind.

Finanziell schlug der Lockdown im Winter 2021 mit wöchentlich 3,5 Milliarden Euro zu Buche. Immer mehr Menschen waren in ihrer Existenz bedroht. Trotzdem starben Menschen in Krankenhäusern und verlängerte sich die Krise von Monat zu Monat.

Ungeachtet dessen endete und endet der politische Gestaltungswille stets dort, wo Krisenpolitik sich dem Diktat der Austerität beugt. Das heißt einerseits von „Wir“ und „Solidarität“ reden, wenn es um Menschenleben geht, andererseits in Sachen Pflege, Gesundheitsfürsorge, Impfung, Freigabe von Patenten oder Digitalisierung dem neoliberalen Kurs des schlanken Gemeinwesens folgen. Ein Kurs, der unterm Strich lebensfeindlich ist - nur eben von Menschenhand gemacht.

Es sind nicht nur die vielfältigen Möglichkeiten des Austausches über soziale Medien, die Menschen unzugänglich werden lassen für einen breiten, von unterschiedlichen Ansichten geprägten gesellschaftlichen Diskurs. Das von der politischen Prominenz vermittelte und medial übertragene Bild symbolischer Stärke, das sich in sinnfreien Maßnahmen erschöpft, wirkt für die einen sinnstiftend und wird kaum hinterfragt. Die anderen spüren die darin verborgene Widersprüchlichkeit, verweigern aber den analytischen Blick und verlieren sich im - Identität stiftenden - Affekt. Sprüche wie „Deutschland zeigt Gesicht“ sind ebenso Gift für die Demokratie wie die Durchhalteparolen von Bundeskanzlerin Merkel oder die Mahnsprüche der zu Geltung gelangten Wächter der medizinischen Ordnung. Sie hysterisieren und ersticken notwendige Diskussionen.

Respektlosigkeit im Umgang miteinander - dazu trägt die völkische Rechte mit ihren zynischen und berechnenden Wortspielereien ebenso bei wie das politische und mediale Establishment. Autoritäre Radikalität kommt aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Ihr Bild ist die Travestierung von Vernunft, ihre Waffe die Behauptung, alternativlos handeln zu müssen, oder eine natürliche und ewige Ordnung zu vertreten.

Es steht zu befürchten, dass Irrationalität, Desinformation und Panikmache die Corona-Krise weiterhin bestimmen. Die Reduzierung menschlicher Körperlichkeit und Gesellschaftlichkeit auf die rechnerische Dimension von „Kontakten“ und „Inzidenzen“ wird Spuren hinterlassen. Die Folgen sind mindestens so unerträglich wie das Virus und die von ihm verursachte Krankheit. Eine verstärkte soziale Schieflage zeichnet sich bereits jetzt ab, insbesondere bezogen auf die Bildungsgerechtigkeit.

Auf der anderen Seite ist zu wenig bekannt über Verbreitung und Wirkweise des Virus. Politik, die ihre Maßnahmen auf Vermutungen stützt und dies gleichzeitig als rational verbrämte Alternativlosigkeit verkauft, verfällt einem destruktiven Mythos. Das gilt es ebenso zu kritisieren wie das Raunen von Verschwörungstheoretikern.

Ein besonnener Umgang mit einem potenziell riskanten, allerdings in den meisten Fällen nicht tödlichen Virus tut weiterhin Not. Vieles deutet darauf hin, dass das Coronavirus endemisch wird. Eine unendliche Verlängerung des Ausnahmezustands ist rechtswidrig, denn normativ gesehen unterliegen Einschränkungen der Rechtfertigung und nicht das Gegenteil. Argumente wie die Überlastung des Gesundheitssystem durch Corona (nicht die politisch verursachte Überlastung!), sind inzwischen obsolet. Das muss sich in politischen Entscheidungen niederschlagen.

Die folgenden Vorschläge sind exemplarisch im Sinne eines nicht alles unterordnenden Umgangs mit dem Virus. Die Aufzählung ist nicht abschließend und sie wird immer wieder aktualisiert.

## 1. Pandemiepolitik

- Aufhebung aller Coronamaßnahmen in Deutschland, spätestens dann, wenn alle die Gelegenheit zur Impfung hatten. Nach derzeitigem Stand ist der Stichtag der 1. Oktober 2021. Ab diesem Datum sollen die bisherigen Regeln nur noch empfehlenden Charakter haben. Dadurch sind Zwangstestungen ebenso obsolet wie die Frage, wer sie bezahlt.
- Beendigung der „Feststellung einer pandemischen Lage von nationaler Tragweite“
- Medizinische Maskenpflicht nur dort, wo (wie bereits vor Corona) erhöhte Infektionswahrscheinlichkeit besteht, z.B. in Arztpraxen und Krankenhäuser.

- Zielgerichtete Unterstützung für Menschen, die nachgewiesenermaßen unter Immundefizienz leiden. Beispielsweise durch verpflichtende Einrichtung von Telearbeitsplätzen und Ausgleich des finanziellen Mehrbedarfs.
- Aerosolfilter für Innenräume, insbesondere für Schulen.
- Ausschluss von weiteren Lockdowns und Schulschließungen.
- Niedrigschwellige Impfangebote, aber kein Impfwang.
- Finanzierung von unabhängigen Studien zur Verbreitung und sinnvollen Bekämpfung des Corona-Virus und anderer Krankheiten.
- Politische Aufarbeitung der Fehler während der Corona-Krise.

## 2. Gesundheits- und Sozialpolitik

- Bessere Bezahlung von Pflegekräften
- Anhebung von Personaluntergrenzen
- Finanzierung notwendiger Reserven in Krankenhäusern
- Entprivatisierung / Vergesellschaftung von Krankenhäusern und ausreichende finanzielle Ausstattung
- Sozial gestaffelte Erhöhung von Beiträgen für Krankenversicherung
- Bürgerversicherung
- Sonderabgabe für Vermögende und Gutverdienende
- Staatliche Beteiligung / Vergesellschaftung von Teilen der Pharmaproduktion
- Aussetzung von Patentschutz für Impfstoff, um die weltweite Produktion und Distribution zu ermöglichen
- Bessere Ausstattung von Gesundheitsämtern

## 3. Medienpolitik und Gesellschaftspolitik

- Die öffentlich - rechtlichen Medien gehören denen, die sie bezahlen: Etablierung von Bürgerräten zur Beratung und Kontrolle anstelle der überkommenen Rundfunkräte.
- Programmvielfalt und offene, inhaltlich breite Diskussion.
- Mehr Raum für investigativen und kritischen Journalismus im ÖR Rundfunk.
- Unter dieser Voraussetzungen gesicherte Finanzierung des ÖR Rundfunks.
- Respektvoller Umgang als Grundvoraussetzung für politische Diskussion. Dazu bedarf es präziser Regeln und deren konsequenter Umsetzung, z.B. gegenüber völkischen Initiativen.
- Untersuchung von Rechtsextremismus in staatlichen Stellen, z.B. der Polizei.

## 4. Arbeitsrecht

- kein Zwang, aber Recht auf Homeoffice.
- Homeoffice darf nicht krank machen. Daher ist die Ausstattung mit ergonomischen Arbeitsplätzen und Technik Voraussetzung.
- Reduzierung prekärer Arbeitsverhältnisse. Besonders im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Denn Druck und finanziell begründete Angst begünstigen Konformität in der Berichterstattung. Das beschädigt eine tragende Säule der Demokratie.